Wohnungsbaudebatte – FDP unterstützt Vorschläge zur Vereinfachung

11. Mai 2017

Bei der Wohnungsbaudebatte im Gemeinderat am 10.05.2017 wurde von seiten der Verwaltung vorgeschlagen, ein Ziel von jährlich etwa 700 neuen Wohneinheiten anzupeilen. Dafür sollen bestehende Vorgaben z.B. zur Anzahl von Wohnungen mit mindestens 4 Zimmern und die Forderung von 100% barrierefreiem Wohnen im Geschosswohnungsbau gelockert werden, um den Wohnbau nicht unnötig zu verteuern und zu erschweren.

FDP-Stadträtin Rose Goller-Nieberle hat in der Sitzung die Position der FDP-Fraktion erläutert:

„Wir haben schon oft und intensiv über Wohnungsbau in Ulm geredet. Man kann lange und breit über Details diskutieren, aber letztlich reduziert sich das alles auf ein einziges Fazit: **Es muss gebaut werden, und zwar so schnell und so viel wie möglich**. Das ist dann auch die beste Mietpreisbremse, denn trotz aller Versuche, mit staatlichen Eingriffen und Reglementierungen einem oft nur gefühlten Mietwucher entgegenzuwirken, gilt am Ende doch: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

Wir brauchen mehr Wohnraum und wir wollen, dass alle sich Wohnen in Ulm leisten können. Daher sollten wir als Stadt alles unterlassen, was diesem Ziel entgegensteht, so gut es auch gemeint ist. Daher begrüßen wir, dass wir Vorgaben zur Wohnungsgröße und zur Barrierefreiheit auf ein vernünftiges Maß zurückfahren.

Über die Landesbauordnung soll man sich bitte in Stuttgart streiten, wir haben hier eher das Thema Akzeptanz von Nachverdichtung auf der Agenda. Ein dabei immer wieder geäußerter Einwand ist, ein Bauvorhaben würde sich nicht in die vorhandene Bebauung einpassen. Auch wenn die Interessen von Anwohnern natürlich angemessen berücksichtigt werden müssen – ohne neue Bauten, die auch anders aussehen als das Vorhandene, gäbe es keine Stadtentwicklung. Die Innenstadt von Ulm sieht nicht mehr aus wie vor 50 Jahren, und sie sah auch vor 100 Jahren nicht so aus wie vor 150 Jahren.

Stadt ist immer auch Entwicklung, von der Kleinstadt zur Großstadt, von Provinz zur Urbanität, von lockerer Bebauung zu dicht bebauter City. Dieser Wandel ist manchmal mit Schmerzen verbunden, aber er ist notwendig und richtig.

Die FDP steht daher hinter dem Antrag der Verwaltung und wird ihr in allen Punkten zustimmen.“